



20. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

04/08/20
~~Drucksache 20/~~
20/3335
Fre

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten)

Corona-Testungen für Reiserückkehrer

Vorbemerkung:

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat verpflichtende Corona-Tests für Reisende aus Risikoländern angekündigt. Ebenfalls sollen Reiserückkehrer, aus allen anderen Regionen einen kostenlosen freiwilligen Test innerhalb von 72 Stunden nach Einreise machen können. Die Kosten dieser Testungen übernimmt der Bund.

Durch das mit dem Angebot der kostenlosen Testungen verbundene erhöhte Testaufkommen, werden auch die Gesundheitsämter stärker belastet werden. Das Bundesministerium für Gesundheit verweist online auf die örtlichen Gesundheitsämter, die für Rückfragen zur Verfügung stehen sollen. Umgesetzt werden sollte die Regelung bereits ab dem 01. August. Allerdings gibt es Fälle, in denen die Regelungen den örtlichen Gesundheitsämtern nicht bekannt sind und sie keine Auskünfte geben können, wo sich die Bürgerinnen und Bürger testen lassen können. Die Bürgerinnen und Bürger wurden bisweilen (so geschehen am 03. August 2020) von den Gesundheitsämtern an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration verwiesen, das wiederum auf die zuständigen Gesundheitsämter verwies. Für Bürgerinnen und Bürger, die innerhalb von 72 Stunden nach Rückkehr den Test machen möchten, ist das eine unbefriedigende Situation.

Insgesamt lassen sich zahlreiche Ankündigungen auf Internetseiten von Bund und Ländern finden, jedoch wenig bis keine konkreten und verlässlichen Informationen. So ist nach wie vor unklar, wo die kostenlosen Tests angeboten werden. Es wird vielfach auf das Testzentrum am Frankfurter Flughafen verwiesen. Allerdings ist dort die Vorlage einer Boardkarte notwendig, siehe <https://www.frankfurt-airport.com/de/reisevorbereitung/coronavirus/sicher-reisen.html>. Nicht berücksichtigt werden folglich Reiserückkehrer, die nicht mit dem Flugzeug reisen.

Bisweilen lässt sich die Information finden, dass die Testungen für Reiserückkehrer auch in den Hausarztpraxen sowie bei den örtlichen Gesundheitsämtern durchgeführt werden können. Das stellt insbesondere die Arztpraxen vor unerwartete Anforderungen. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso die Ärzte nicht früher einbezogen wurden und warum die Testungen nicht von zentralen, speziell dafür eingerichteten Zentren durchgeführt werden.

Es war zu erwarten, dass mit den Sommerferien auch das Reiseaufkommen steigt. Entsprechende präventive Regelungen hätten früher und gezielter verkündet werden müssen. Es ist irreführend, dass Staatsminister Klose die Ausweitung von Corona-Tests bisher ablehnte, diese nun aber doch eingeführt und umgesetzt werden sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis davon, dass die Gesundheitsämter zum Teil nicht ausreichend informiert sind, um die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten?
2. Wie verlaufen die Kommunikations- und Informationsstränge dazu von Bund über Land zu Kommune?

3. Ist der Landesregierung bewusst, dass die Regelung zu einer erhöhten Nachfrage nach Testungen führen wird, die sowohl die Hausärzte als auch die Gesundheitsämter - insbesondere administrativ - wieder stärker belasten?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis davon, dass Bürgerinnen und Bürger bisweilen nicht in kurzfristigen Kontakt mit ihren zuständigen Gesundheitsämtern treten können, da die Telefonleitungen überlastet sind?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Bürgerinnen und Bürger besser über die Situation und Regelungen für Reiserückkehrer zu informieren?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um sicherzustellen, dass alle relevanten Informationen unverzüglich zu den Gesundheitsämtern gelangen?
7. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, dass es auf 24 Internetseiten der hessischen Gesundheitsämter unterschiedliche Informationen über die Regeln gibt?
8. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, dass es in jedem Landkreis eine unterschiedliche Onlineerfassung der Kontaktdaten der betroffenen Reisenden gibt?
9. Wäre es nicht sinnvoll, dass der Gesundheitsminister an dieser Stelle mehr Verantwortung zentral übernimmt?
10. Sind 15 € Honorar für Hausärzte angesichts des Aufwandes für Beratung, Desinfektion und Schutzausrüstung auskömmlich?

Wiesbaden, den 04. August 2020

